

„Nicht überoptimistisch sein“

Interview S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein mit
Herrn Günther Fritz, Chefredaktor Liechtensteiner Vaterland

27. Dezember 2014

Durchlaucht, vor einem Jahr haben Sie sich erhofft, dass sich die wirtschaftliche Situation und der liechtensteinische Staatshaushalt weiter verbessern werden. Inwieweit sind Ihre diesbezüglichen Hoffnungen in Erfüllung gegangen?

Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein: Die Situation unserer Unternehmen ist insgesamt ähnlich wie vor einem Jahr. Die Situation beim Staatshaushalt hat sich dank zusätzlicher Reformen weiter verbessert. Die jüngste Finanzplanung für die kommenden Jahre weist wieder bessere Zahlen auf. Allerdings dürfen wir nicht überoptimistisch sein, weil wir in Europa weiterhin in einer wirtschaftlich schwierigen Lage sind und die Transformation des Finanzplatzes auch noch nicht abgeschlossen ist.

Wie aus der vor Kurzem veröffentlichten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 2012 hervorgeht, haben die Industrie und das warenproduzierende Gewerbe mit 38 Prozent den grössten Beitrag zur Wertschöpfung geleistet. Das ist ein Plus von 2 Prozent gegenüber dem Jahr 2011. Die Finanzdienstleistungen haben hingegen von 27 Prozent im Jahr 2011 auf 24 Prozent im Jahr 2012 abgenommen. Worauf führen Sie diese Entwicklung zurück, bei der die Finanzdienstleistungen zunehmend an Bedeutung zu verlieren scheinen?

Diese Entwicklung dürfte einerseits auf die Erholung der Weltwirtschaft zurückzuführen sein, wovon vor allen auch die Exportindustrie profitiert, andererseits dürfte vielen Finanzdienstleistern die Transformation des Finanzplatzes noch zu schaffen machen. Bei der Kleinheit unseres Landes muss man aber bei der Interpretation der Veränderungen von einem Jahr auf das andere aufpassen, weil kurzfristige Einzelfaktoren eine grosse Auswirkung haben können, die so bei grossen Staaten nie möglich ist. Daher sollte man besser Veränderungen im Mittel von 3-5 Jahren analysieren.

Mit dem Kauf der Centrum Bank durch die VP Bank verschwindet ein namhaftes Institut am Finanzplatz Liechtenstein. Die Eigentümer der Centrum Bank begründen ihren Schritt nicht zuletzt mit der Regulierungsflut in der Bankenwelt. Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie zum ersten Mal von dieser Fusion gehört haben?

Ich war nicht überrascht, dass es zu einer Fusion kommt. Wenn in einer Branche die Betriebskosten erheblich steigen, kommt es meist zu Akquisitionen und Fusionen. Eigentlich war es eher erstaunlich, dass es in Liechtenstein erst jetzt dazu gekommen ist. In der Schweiz und vielen anderen Finanzplätzen ist bereits seit einigen Jahren eine solche Welle zu beobachten.

Inwieweit rechnen Sie im kommenden Jahr mit weiteren Zusammenschlüssen oder Übernahmen auf dem Finanzplatz Liechtenstein?

Damit muss man durchaus rechnen. Besonders im Treuhandsektor könnte es aber auch vermehrt dazu kommen, dass vor allem kleine Betriebe einfach ihre Tätigkeit aufgeben und ihre Kundstamm an grössere abgeben bzw. verkaufen.

Welchen Einfluss nehmen die Weissgeldstrategie, der vor der Umsetzung stehende Automatische Informationsaustausch und das Fehlen von zukunftsfähigen Geschäftsmodellen auf die laufenden Entwicklungen auf dem Finanzplatz Liechtenstein?

Diese Themen haben sicherlich auch einen Einfluss auf diese Entwicklungen. Allerdings sind von der Regulierungsflut und der technologischen Entwicklung auch die Finanzinstitute in Staaten betroffen, die nicht zu den klassischen Offshore-Plätzen gehören. Entsprechend sind auch dort Konsolidierungswellen zu beobachten.

Liechtenstein habe keine regulatorischen Vorteile mehr im Vergleich zu anderen Finanzzentren. Deshalb stelle sich die Frage, weshalb ein Kunde sein Geld überhaupt noch nach Liechtenstein schaffen soll, meinte der Bankexperte Ray Soudah im Zusammenhang mit der jüngsten Fusion. Durchlaucht, wieso soll ein Kunde denn in Zukunft sein Geld nach Liechtenstein bringen?

Ray Soudah ist zwar ein erfahrener Banker, aber meines Wissens kein Kenner des Finanzplatzes Liechtenstein. Das Ausmass an regulatorischen Vorteilen Liechtensteins hat im Vergleich zur Vergangenheit sicher abgenommen. Aber auch in Zukunft wird sich Liechtenstein im regulatorischen Bereich von anderen Standorten differenzieren können und einen attraktiven Finanzplatz darstellen. Allein schon die Kleinheit erlaubt es uns, die notwendigen Regulierungen näher an den Interessen der Standortnutzer zu gestalten, als dies bei grösseren Staaten der Fall ist.

Worin besteht das Erfolgsrezept der LGT? Weshalb ist die Bank der Fürstenfamilie weiterhin für eine internationale Kundschaft attraktiv?

Die LGT profitiert davon, dass sie bereits in den 80er-Jahren eine Internationalisierungsstrategie betrieben hat. Das war nicht immer ganz einfach. Diese Internationalisierung hat aber dazu geführt, dass sich die LGT – ähnlich wie unsere Industrieunternehmen – schon früh dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt hat. Dadurch hat sie sich früher als andere Finanzinstitute in Liechtenstein auch international mit den Besten bezüglich Investment-Know-how, Kundenservice und Marketing messen müssen. Gleichzeitig konnte sie sich ein internationales Verbindungsnetz schaffen. All das hilft ihr heute, sich für die internationale Kundschaft entsprechend attraktiv zu positionieren.

Liechtenstein gehört zu den «Early adopters», welche bereits ab 2017 die ersten Daten nach dem neuen Standard des Automatischen Informationsaustauschs transferieren wollen. Inwieweit begrüssen Sie es, dass Liechtenstein zu den ersten Staaten gehört, welche den Automatischen Informationsaustausch umsetzen wollen, während sich die Schweiz noch ein Jahr länger Zeit lässt?

Man kann den Automatischen Informationsaustausch für sinnvoll erachten oder auch nicht. Fakt ist, dass er kommt. In diesem Kontext war es sicher richtig, frühzeitig eine klare Position zu beziehen. Dadurch hat man sowohl das Vertrauen anderer Staaten als auch das Vertrauen der Kunden in die eigene Ausrichtung gewonnen.

Ist aber nicht ein Regelungsgefälle gegenüber der Schweiz zu befürchten?

Nein. Die Schweiz hat mittlerweile dieselben Schritte angekündigt. Der einzige Unterschied zu Liechtenstein ist, dass die Umsetzung des automatischen Informationsaustausches ein Jahr später erfolgen wird. Der Hauptgrund dafür ist, dass der normale politische Prozess in der Schweiz langsamer abläuft und die Schweiz daher sicherheitshalber ein zusätzliches Umsetzungsjahr vorgesehen hat. Aus dem Kreis der Schweizer Finanzdienstleister gab es aber auch gewichtige Stimmen, die im Gleichschritt mit den «Early adopters» gehen wollten.

Befürworter des Automatischen Informationsaustausches betonen die abschreckende Wirkung, welche die Anleger zur Deklaration ihrer Einkünfte veranlasse. Gegner warnen vor einem Datenfriedhof. Wie beurteilen Sie die Situation?

Der Automatische Informationsaustausch wird sicher zu weiteren Selbstdeklarationen führen. Gleichzeitig kann man davon ausgehen, dass bei weitem nicht alle übermittelten Daten auch ausgewertet werden. Zumindest sind dies die bisherigen Erfahrungen zum automatischen Informationsaustausch zwischen den EU-Staaten.

Die USA holen zwar über Fatca weltweit Informationen ein, wollen aber selbst keine liefern. Was sagen Sie zu dieser Haltung der USA, die als einer der grössten Offshore-Plätze solche Sonderrechte für sich beanspruchen?

Diese Haltung ist natürlich problematisch. Sie wird aber langfristig auch für die USA problematisch, weil sie dazu führt, dass andere grosse Staaten anfangen, Alternativen zum Dollar und zu den US-amerikanischen Märkten aufzubauen, und dann angespornt werden, es den USA gleichzutun und ihrerseits einseitige Regelungen zum Schaden der US-Amerikaner zu erlassen. Ausserdem ist zu beobachten, dass immer weniger Banken Dienstleistungen für Kunden aus den USA anbieten und Unternehmen auch zunehmend zögern, US-Bürger anzustellen.

Seit der Einführung des neuen Steuergesetzes im Jahre 2011 ist die Erhöhung der Mindestertragssteuer ein Dauerthema. Im September-Landtag scheiterte ein VU-Antrag auf Erhöhung von 1200 auf 1900 Franken nur knapp. Hätte dies nicht ein wichtiger Solidaritätsbeitrag der Treuhandbranche zur nachhaltigen Sanierung des Staatshaushalts sein können?

Die Treuhandbranche hat damals darum gebeten, dass man den Kunden in einer schwierigen Zeit der Transformation des Finanzplatzes möglichst viel Planungssicherheit bieten kann und deshalb nicht so schnell nach der Steuerreform die Sätze nochmals ändert. Ende 2015 wird man in dieser Frage aber sicherlich eine Entscheidung treffen müssen. Entweder ist es dann den Treuhändern gelungen, für genügend grosse Steueraufkommen zu sorgen, indem sie ausreichend Stiftungen und Trusts in die normale Besteuerung bewegen konnten, oder es kommt dann zu einer Erhöhung dieses Satzes.

Welche künftigen Perspektiven sehen Sie angesichts der weiter zunehmenden Regulierungsflut generell für die liechtensteinischen Treuhänder?

Liechtenstein ist ein politisch und wirtschaftlich extrem stabiler Standort mit weiterhin sehr attraktiven Strukturierungsmöglichkeiten. Dies bietet grundsätzlich auch in Zukunft attraktive Perspektiven für die liechtensteinischen Treuhänder. Die Regulierungsflut bringt aber mit sich, dass die Treuhänder in Zukunft über viel Know-how bezüglich internationaler Regelungen und Regelungen in den Staaten ihrer Kunden verfügen müssen. Nicht alle Treuhänder bzw. Mitarbeiter von Treuhandbüros verfügen über dieses Know-how. Ich sehe eine ganz grosse Herausforderung darin, dass rasch möglichst viele in der Treuhandbranche das notwendige Know-how erlangen.

Wird das geltende Steuergesetz im neuen Jahr noch weitere Teilrevisionen erfahren müssen oder reichen die vorliegenden Bestimmungen aus, um ausreichend Steuereinnahmen auch von Unternehmen zu bekommen, die kaum Gewinne machen?

Anstelle den Eigenkapitalzinsabzug bzw. den Sollertrag der Vermögensteuer wie ursprünglich vorgeschlagen an den Zinssatz der zehnjährigen Bundesobligationen zu koppeln, wurde leider ein fixer

Zinssatz von 4 % im Gesetz verankert. Dieser hätte schon längst nach unten angepasst werden müssen. Dann hätten die Unternehmen mehr Steuern gezahlt und es wären keine Sollerträge auf Vermögen verlangt worden, die in diesem Zinsumfeld ohne hohe Risiken kaum erwirtschaftet werden können.

Die Wirtschaft hat sich zwar unlängst unter dem Motto der fehlenden Planungssicherheit gegen eine Senkung des Eigenkapitalzinssatzes so bald nach der Steuerreform ausgesprochen. Wir sollten aber auf den ursprünglichen Vorschlag zurückkommen und den Eigenkapitalzinsabzug an den Zinssatz der zehnjährigen Bundesobligationen koppeln. Damit wäre auch langfristig die beste Planungssicherheit gegeben. Hingegen ist ein Zinssatz, der nicht regelmässig an das tatsächliche Zinsumfeld angepasst wird, langfristig nicht tragbar.

Wie beurteilen Sie die Chancen, in Verhandlungen mit der Schweiz zu erreichen, dass die Löhne der Grenzgänger aus der Schweiz ab 2016 mit einer Quellensteuer belastet werden können, was jährlich rund 20 Mio. Franken zusätzlich in die Staatskasse spülen würde?

Ich befürchte, dass es schwierig sein wird, ab 2016 eine solche Quellensteuer auf die Löhne von Grenzgängern aus der Schweiz einzuführen, weil sich der Kanton St. Gallen sehr stark dagegen wehrt und sich gleichzeitig die Schweiz im nächsten Jahr im Wahlkampf befinden wird.

Was halten Sie von der von der Regierung vor Kurzem präsentierten Standortstrategie? In welchen Bereichen sehen Sie Erfolg versprechendes Entwicklungspotenzial?

Das erfolgversprechendste Entwicklungspotenzial sehe ich im IT-Bereich, weil die IT eine sehr hohe Wertschöpfung bei geringem Bedarf an Arbeitsflächen und Arbeitskräften bringt. Da ausserdem in praktisch allen Branchen die Digitalisierung immer mehr an Bedeutung gewinnt, halte ich eine Förderung der IT-Infrastruktur und IT-Ausbildung für relativ unproblematisch.

Kritischer sehe ich hingegen, wenn man eine Branche auf Kosten der anderen mit Steuermitteln subventioniert. Dies gilt auch für den Gesundheitssektor, den man sich differenzierter anschauen muss. Problematisch wäre ein Ausbau des Gesundheitssektors, der durch eine Mengenausweitung zu einem Anstieg unserer Gesundheitskosten führen würde. Auch dürften personalintensive Gesundheitsbereiche kaum in Betracht kommen. Allerdings gibt es auch im Gesundheitssektor Bereiche, die mit wenigen Arbeitskräften hohe Produktivität erzeugen. Dies könnten insbesondere wiederum IT-basierte Gesundheitsleistungen sein.

Die Förderung des Konferenzstandortes Liechtenstein sehe ich eher als eine Massnahme, um das Liechtenstein-Bild zu verbessern, von der gleichzeitig unser Gastgewerbe profitieren könnte. Wenn wir vermehrt Tagungen von internationalen Meinungsführern in Liechtenstein ausrichten, besteht die Chance, ihnen das Land näher zu bringen. Das Konferenzgeschäft selbst wird hingegen eher Geld kosten, vielleicht ist es aber eine Marketingmassnahme, die sinnvoller und nachhaltiger ist als andere. Dies müsste man jedoch meiner Ansicht nach erst noch genauer prüfen.

Worauf soll die Politik im nächsten Jahr den Fokus ihrer Arbeit legen, um die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein weiter zu verbessern?

Der Fokus sollte im nächsten Jahr darauf liegen, dass man zu vernünftigen Kosten, sprich niedrigen Steuern und niedrigen Lohnnebenkosten, einen ausgeglichenen Staatshaushalt und eine nachhaltige Finanzierung unserer Sozialsysteme sicherstellt. Ausserdem sollte man das Bildungssystem reformieren, damit die Bevölkerung möglichst gut auf die zukünftigen Herausforderungen vorbereitet wird.

Was die Verbesserung der Infrastruktur betrifft, so möchte die Regierung im kommenden Jahr einen klaren politischen Entscheid inklusive Volksabstimmung zum Jahrhundertprojekt S-Bahn FL.A.CH herbeiführen. Liechtenstein und Österreich würden jeweils 45,6 Mio. Euro aufbringen müssen. Wie beurteilen Sie diese von der Regierung priorisierte Zukunftsinvestition?

Ich verstehe, dass die Regierung diese Zukunftsinvestition priorisiert. Wir haben nur ein kurzes Zeitfenster, um die S-Bahn zusammen mit der ÖBB zu realisieren. Wenn wir die S-Bahn zu einem späteren Zeitpunkt ohne die ÖBB bauen, kommt sie uns wesentlich teurer.

Hat Liechtenstein dabei nicht auch gewisse nachbarschaftliche Verpflichtungen zu erfüllen, da ohne die auf liechtensteinischem Boden zu bauende Doppelspur die geplante Taktfrequenz der Züge gar nicht eingehalten werden könnte?

Es ist richtig, dass auch Überlegungen der Nachbarschaftspolitik für die S-Bahn sprechen. Sowohl auf der Schweizer als auch auf der Vorarlberger Seite wird sehr viel in einen Ausbau der S-Bahn investiert. Wenn nun Liechtenstein beim Zusammenschluss des S-Bahn-Netzes nicht mitmachen würde, sich aber gleichzeitig gegen die Tunnelspange in Feldkirch wehrt und durch den Pendlerverkehr die Autobahnausfahrten verstopft, könnte dies schon zu einem gewissen Unverständnis bei unseren Nachbarn führen.

Die Sparanstrengungen von Regierung und Landtag haben in diesem Jahr bei vielen Investitionen, die früher selbstverständlich gewesen wären, politischen Zündstoff geliefert. So war auch das Ja von 20 Abgeordneten für eine Teilnahme Liechtensteins als Gastland an der Olma 2016 keine Selbstverständlichkeit. Wie kam die entsprechende öffentliche Debatte bei Ihnen an? Begrüssen Sie persönlich die Olma-Teilnahme?

Ich verstehe, dass man sich in Zeiten des Sparens schwergetan hat, eine solch teure Einladung anzunehmen. Mein Eindruck ist, dass sich der Landtag, die Gemeinden und die Wirtschaft nicht zuletzt aus Gründen der Nachbarschaftspflege für eine Teilnahme an der Olma ausgesprochen haben. Persönlich würde ich allerdings, auch aus dem Blickwinkel der Nachbarschaftspolitik, eine S-Bahn für wichtiger erachten als eine Teilnahme an der Olma. Deshalb hätte ich auch damit leben können, wenn man nicht an der Olma 2016 teilgenommen oder die Teilnahme verschoben hätte.

Politisch umstritten war insbesondere auch der Vorschlag der Regierung, das vom HPZ vorgeschlagene Budget zu kürzen. Nachdem das HPZ angekündigt hatte, unter anderem die Löhne der betreuten Personen um zehn Prozent kürzen zu müssen und keine Fahrdienste mehr anbieten zu können, beschloss der Landtag, dem HPZ mit Ausnahme des Teuerungsausgleichs entgegenzukommen. Im Landtag hiess es dazu, man dürfe nicht auf dem Buckel der Ärmsten sparen. Inwiefern können Sie diesen Landtagsentscheid nachvollziehen?

Meines Wissens liegt es in der Kompetenz des HPZ, wo gekürzt wird. Man hätte sicher auch andere Kürzungen vornehmen können, als die Löhne um zehn Prozent zu senken und die Fahrdienste einzustellen. Mein Eindruck ist, dass man damit bis zu einem gewissen Grad die Politik wachrütteln wollte. Das ist gelungen und war vielleicht auch durchaus berechtigt. Das Problem dürfte aber vor allem darin liegen, dass in den letzten Jahren nicht zuletzt auch von staatlicher Seite immer mehr Aufgaben an das HPZ übertragen wurden, ohne dass überall die auch dafür nötigen Leistungsvereinbarungen abgeschlossen wurden. Jetzt besteht die Möglichkeit, klar festzulegen, welche Leistungen das HPZ vom Staat übernehmen soll und wofür es vom Staat finanzielle Mittel erhält.

Gegen das Sparen auf ihrem Buckel sprechen sich auch die Senioren im Bereich der KVG-Revision aus. Der Seniorenbund fordert die Beibehaltung des heutigen Abrechnungsmodus' (Tiers payant) sowie eine weiterhin hälftige Kostenbeteiligung für Pensionisten und lehnt die im Vernehmlassungsentwurf vorgesehene Möglichkeit, eine Franchise bis max. 3500 Franken wählen zu können, als Entsolidarisierung der Gesellschaft ab. Was sagen Sie dazu?

Mit der Verwendung der Begriffe Solidarität bzw. Entsolidarisierung muss man aufpassen. Man kann auch von einer Entsolidarisierung sprechen, wenn Bezieher von Gesundheitsleistungen solche ungerechtfertigt beziehen oder Leistungserbringer diese ungerechtfertigt verschreiben, und das dann zulasten der Prämienzahler geht. Ich denke, dass der Reformvorschlag grundsätzlich in die richtige Richtung weist, auch wenn er sicher noch in gewissen Bereichen angepasst werden muss.

Seit zehn Jahren gibt es Stimmen, die zur Erlangung von Transparenz und Vergleichbarkeit beim Arzttarif die Einführung des Tarmed verlangen. Während noch vor einigen Monaten ein entsprechender Antrag keine Chance gehabt hätte, hat sich die diesbezügliche Stimmung im Landtag komplett gewandelt. Durchlaucht, was würden Sie bevorzugen? Die Weiterentwicklung des Liechtenstein-Tarifs durch eine konsequente Tarifpflege mit klar strukturierten Regeln oder die Übernahme des schweizerischen Tarifsystems Tarmed?

Der Tarmed wird unsere Probleme im Gesundheitsbereich nicht lösen können. Er hat auch seine Schwächen und ist in der Schweiz nicht unumstritten. Ein liechtensteinischer Tarif hätte gewisse Vorteile, insbesondere dass er flexibler auf unsere Situation ausgerichtet werden kann. Wenn man allerdings keine vernünftige Handhabe findet, den Liechtenstein-Tarif weiterzuentwickeln, dann wird wahrscheinlich nicht viel anderes übrigbleiben, als auf den Tarmed umzuschwenken, der auch eine bessere Vergleichbarkeit mit der Schweiz bringen würde.

Ein Wandel zum Positiven im finanziellen Bereich scheint sich beim Liechtensteinischen Landesspital abzuzeichnen. So hat Stiftungsratspräsident Michael Ritter bei der Präsentation der neuen Notfallstation und der beiden neuen Operationssäle angekündigt, einen allfälligen Spitalneubau mit den im DRG (Fallpauschalen) enthaltenen Investitionskostenanteilen künftig aus eigener Kraft finanzieren zu wollen. Was sagen Sie dazu?

Grundsätzlich ist es positiv, wenn das Landesspital in Zukunft Investitionen aus eigener Kraft finanzieren kann. Allerdings ist das mit dem neuen DRG eigentlich auch so vorgesehen. Es werden eben nicht mehr nur die laufenden Kosten in den Tarif eingerechnet, sondern auch ein Anteil für die zukünftigen Investitionskosten. Daher muss man Gewinne auf Spitalsebene meiner Ansicht nach auch immer aus einer Gesamtgesundheitskosten-Perspektive betrachten. Denn letzten Endes zahlen diese Tarife die Prämienzahler. Dabei muss man kritisch hinterfragen, wie die Spitäler und andere Gesundheitseinrichtungen zu ihren Gewinnen kommen. Sind das alles Leistungen, die sie wirklich erbringen müssen, oder werden Gesundheitsleistungen erbracht, nur um Gewinne zu erzielen? Im zweiten Fall würden die Prämien- oder Steuerzahler einfach auf anderem Wege noch mehr an Investitionen zahlen, als vor dem DRG auf direktem Wege in der Form von Investitionsbeiträgen des Landes gezahlt wurden.

Wie sehen Sie seit dem Eingehen einer vertikalen Kooperation mit dem Kantonsspital Graubünden die Entwicklung am Landesspital im Hinblick auf die medizinische Qualität und Akzeptanz der Bevölkerung?

Das Liechtensteinische Landesspital hat nicht die Grösse, dass es alle Gesundheitsleistungen erbringen kann, die heute seitens der Bevölkerung von einem Spital üblicherweise erwartet werden.

Durch eine vertikale Kooperation kann das Landesspital sein Leistungspaket erheblich erweitern. Deswegen ist eine solche Integration richtig.

Das St. Galler Stimmvolk hat inzwischen ein klares Ja für einen Neubau des Spitals Grabs am bisherigen Standort für 137 Mio. Franken gegeben. Ein in den letzten Jahren da und dort angedachtes Projekt eines gemeinsamen Regionalspitals Liechtenstein-Werdenberg auf grüner Wiese und unter einer gemeinsamen Trägerschaft ist also endgültig Geschichte. Kann das Landesspital langfristig dennoch konkurrenzfähig sein?

Das Landesspital braucht Kooperationen mit anderen Spitälern, um langfristig konkurrenzfähig zu sein. Ob dazu die Kooperation mit dem Kantonsspital Graubünden genügen wird oder in Zukunft noch weitere Kooperationen oder andere Kooperationen nötig sein werden, ist sehr schwer zu beurteilen und hängt wahrscheinlich stark von den technologischen Entwicklungen im Gesundheitssektor ab.

In der Dezember-Sitzung hat sich der Landtag mit 21 Stimmen hinter die Landesbürgschaft für den 13,5-Millionen-Kredit der Schweizerischen Post für die Liechtensteinische Post zur Finanzierung der entsprechenden Lücke der staatlichen Pensionskasse gestellt. Inwieweit begrüßen Sie diese Übernahme einer Bürgschaft durch das Land?

Grundsätzlich sollte man bei der Übernahme von Bürgschaften sehr vorsichtig sein und genau die Risiken verstehen, die man übernimmt. Im vorliegenden Fall ist mein Eindruck, dass die Risiken überschaubar sind. Wenn man Bürgschaften, die der Staat übernommen hat, kritischer hinterfragen möchte, dann würde ich zuerst einmal bei der Staatsgarantie für die Landesbank ansetzen. Hier geht der Staat wesentlich grössere Risiken ein, die wahrscheinlich auch kaum ein Privater wie z.B. eine Versicherung zu diesen Preisen übernehmen würde.

In der Debatte zur Bürgschaft für die Post wurde auch die Sinnhaftigkeit der Übernahme zweier im E-Business tätiger ausländischer Gesellschaften durch die Liechtensteinische Post angezweifelt. Was sagen Sie zu diesem Auslandsengagement eines staatsnahen Unternehmens?

Man sollte bei neuen Auslandsengagements und der Aufnahme neuer Geschäftsfelder vorsichtig sein, vor allem wenn dies bei staatsnahen Betrieben nicht zuletzt auch deshalb geschieht, weil sie sich aufgrund des Verlustes einer Monopolsituation diversifizieren wollen. Die Erfahrungen in Liechtenstein mit der Telecom FL, mit der Swisscom in der Schweiz und auch mit anderen Unternehmen in anderen Staaten haben gezeigt, dass solche Schritte mit vielen Gefahren verbunden sein können.

Seit Jahren rufen Sie die Politik dazu auf, die bestehenden Staatsaufgaben grundsätzlich zu hinterfragen und die notwendigen Einschnitte an den richtigen Stellen vorzunehmen. Inwieweit sind Regierung und Landtag ihrem diesbezüglichen Appell inzwischen gefolgt? Sind Sie zufrieden mit dem bisher Erreichten?

Mit dem Erreichten bin ich zwar noch nicht zufrieden, aber ich habe mit Befriedigung festgestellt, dass die Regierung mittlerweile einen Prozess in Gang gesetzt hat, der dieses Thema zum Schwerpunkt hat.

Der Landtag ist in der Dezember-Sitzung auf den Bericht und Antrag zur Verbesserung der Situation der Frauen im Schwangerschaftskonflikt eingetreten. Was die von der Arbeitsgruppe vorge schlagenen familienpolitischen Massnahmen betrifft, könnte man Ihrer Meinung nach noch mehr

tun, als die Regierung es im Sinne hat. Wären Fortschritte in diesem Bereich aber nicht mit zusätzlichen Kosten verbunden, die den Sparbemühungen des Staates entgegenlaufen?

Nicht alle Massnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind gleich mit hohen zusätzlichen Kosten verbunden. Es geht eher darum, dass wir die durchaus beträchtlichen Finanzmittel, die wir bereits heute für die Familienpolitik ausgeben, in Zukunft klüger einsetzen. Ausserdem können viele Massnahmen auf Seiten der Unternehmen getroffen werden, die ihnen nicht viel kosten, sie aber gleichzeitig zu attraktiveren Arbeitgebern machen und damit auch im Wettbewerb um die besten Talente stärken.

Bald hat die Koalitionsregierung 2013-2017 Halbzeit erreicht. Wie beurteilen Sie die bisherige Arbeit der Regierung?

Die Koalitionsregierung hatte einer der schwierigsten Zeiten der letzten Jahrzehnte und dabei ihre Arbeit im Allgemeinen sehr gut erledigt.

Eine Mehrheit im Parlament kann nur noch parteiübergreifend erzielt werden. Wie hat sich vor diesem Hintergrund die Diskussionskultur im Landtag mit den vier Parteien bis heute gestaltet?

Es war sicher für alle Parteien eine Herausforderung, sich auf diese neue Situation einzustellen. Insgesamt hat sich meines Erachtens eine positive Diskussionskultur entwickelt.

Wie beurteilen Sie die Stimmung unter den beiden Koalitionsparteien und worin sehen Sie die künftigen Herausforderungen für die FDP und die SP als breite Volksparteien?

Wenn ich es mit der Stimmung zwischen den Koalitionsparteien in den vergangenen zwei Legislaturperioden vergleiche, dann ist die Stimmung gut. Natürlich ist es heutzutage für die grossen Volksparteien eine Herausforderung, sich klar zu positionieren. Das ist aber auch eine Herausforderung für die Volksparteien in vielen anderen Staaten.

Der FDP-Fraktion wird von den anderen drei Parteien immer wieder populistisches Verhalten vorgeworfen. Was sagen Sie zur politischen Rolle der FDP?

Wenn man die FDP mit den anderen Parteien vergleicht, dann kann man schon feststellen, dass sie viel stärker aktuell in der Bevölkerung diskutierte Themen aufgreifen. Das mag vielleicht manchmal als unfair empfunden werden, für die Diskussion im Landtag war das aber durchaus nützlich.

Wie beurteilen Sie die Wahrscheinlichkeit bzw. das Potenzial, dass sich künftig noch eine fünfte Partei um Landtagssitze bewerben könnte?

Ich glaube, eine fünfte Partei hat nur eine Chance, wenn sie sich klar von den anderen differenzieren und mit dieser Differenzierung auch ein genügend grosses Wählerpotenzial ansprechen kann. Das dürfte schwierig und nur möglich sein, wenn man irgendein Thema findet, das die anderen Parteien entweder nicht oder nicht glaubwürdig besetzen.

Am 15. März 2015 finden die Gemeinderats- und Vorsteherwahlen statt. Rechnen Sie mit bestimmten Überraschungen?

Ich kann keine Vorhersagen machen, aber vielleicht wäre es angesichts der letzten Wahlen eine Überraschung, wenn es zu keinen Überraschungen kommen würde.

Durchlaucht, was wünschen Sie sich von der Politik für die zweite Hälfte der Legislaturperiode im Hinblick auf eine positive Zukunftsgestaltung?

Ich wünsche mir, dass es gelingt, den Staatshaushalt auszugleichen, unsere Sozialsysteme durch nachhaltige Formen der Altersvorsorge und Gesundheitsvorsorge zu sichern, die Trennung von Staat und Kirche zu erreichen und die Transformation des Finanzplatzes erfolgreich weiter zu bringen.

Was erhoffen Sie sich vom neuen Jahr für Liechtenstein und seine Bevölkerung?

Ich erhoffe mir, dass Liechtenstein und seine Bevölkerung die richtigen Entscheidungen im Sinne dieser positiven Zukunftsgestaltung treffen werden.